

# «Todesstoss»: Grüne wollen absolutes Exportverbot für Rüstungsgüter

- 06.10.2024
- 20min.ch / 20 minuten Online

Darum gehts Die Grünen verlangen im Nationalrat ein generelles Exportverbot für Schweizer Rüstungsgüter. Für Nationalrätin Marionna Schlatter steht fest, dass die «exportorientierte Rüstungsindustrie» mit einer kohärenten, friedenspolitischen Neutralität im Konflikt stehe. Im Parlament stösst die Zürcherin damit auf dezidierten Widerstand – GLP bis SVP streichen die Bedeutung der Schweizer Rüstungsindustrie hervor. «Ein generelles Exportverbot wäre der Todesstoss für die Schweizer Rüstungsindustrie», warnt auch der Branchenvertreter. In Europa herrscht Krieg – damit hat sich auch die sicherheitspolitische Architektur des Kontinents nachhaltig verändert: Vielerorts werden Forderungen nach einer Stärkung der Rüstungsindustrie und Waffenlieferungen für die Ukraine laut – bis weit über das bürgerliche Lager hinaus.

Während die Grünen in Deutschland für umfassende Waffenlieferungen an die Ukraine kämpfen, halten ihre Kollegen in der Schweiz an ihrer Haltung fest: In einer parlamentarischen Initiative verlangt Nationalrätin Marionna Schlatter jetzt gar eine Verfassungsänderung zum absoluten Verbot von Kriegsmaterialexporten. Schlatter ist überzeugt, dass die «exportorientierte Rüstungsindustrie» in Konflikt mit einer «kohärenten friedenspolitischen Neutralität» stehe. Die Glaubwürdigkeit der Schweiz als friedenspolitische Akteurin würde durch ein Exportverbot gestärkt. Unterstützung findet die Zürcherin bei SP-Nationalrat Fabian Molina: «Die Schweiz sollte vom Export von Kriegsmaterial Abschied nehmen.» Widerstand von GLP bis SVP Anders tönt es ausserhalb von SP und Grünen – für GLP-Nationalrat Patrick Hässig geht ein absolutes Verbot zu weit.

Da die Schweiz eine eigene Armee habe, müsse sie auch die entsprechende Rüstungsindustrie unterhalten. Damit ist Mitte-Nationalrat Reto Nause einverstanden: «Ich lehne ein Exportverbot dezidiert ab», erklärt er. Die Schweizer Armee müsse aufgerüstet und ausgerüstet werden. «Der Vorstoss ist sicherheitspolitisch deplatziert und volkswirtschaftlich schädlich», betont der Berner. Auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter teilt die Einschätzungen seiner Kollegen aus der sicherheitspolitischen Kommission: «Armee und Polizei sind auf die eigene Industrie angewiesen.

» Diese wiederum würde mit einem generellen Exportverbot zwangsläufig aus der Schweiz abwandern, so Hurter. «Der Todesstoss für die Rüstungsindustrie» Schlatter hält entgegen, dass die wirtschaftlichen Folgen überschaubar bleiben würden: Die Rüstungsindustrie mache nur einen kleinen Teil der Exportwirtschaft aus und die «wenigen Tausend» Arbeitsplätze seien in Bereichen angesiedelt, in denen ohnehin grosser Fachkräftemangel herrsche. «Ein Teil der Rüstungsindustrie bliebe zur Versorgung und Wartung der Rüstungsgüter der Armee bestehen.» Matthias Zoller, Generalsekretär von Swiss ASD (Aeronautics, Security and Defence) – ein Zusammenschluss von international tätigen Firmen der Sicherheits-, Wehrtechnik und Luftfahrt – erklärt: «Ein generelles Exportverbot wäre der Todesstoss für die Schweizer Rüstungsindustrie.» «Der Schweizer Heimmarkt ist schlicht zu klein.

Davon kann kein Unternehmen leben», begründet Zoller. «Zudem sind Verteidigungssysteme sehr langlebig. Kann nicht exportiert werden, ist die Zeitspanne zwischen zwei Lieferungen viel zu gross, als dass man die Technologie auf Hightech-Niveau weiterentwickeln und das notwendige Spezialwissen erhalten könnte.» Inmitten der laufenden Debatte über einen Aufwuchs der Schweizer Armee verlangen die Grünen ein generelles Exportverbot für Rüstungsgüter. Im Parlament dürften sie damit aber keine Chance haben.

Widerstand von GLP bis SVP «Der Todesstoss für die Rüstungsindustrie» Kaspar Schwarzenbach Für Marionna Schlatter passt der Export von Kriegsmaterial nicht zur Schweizer Neutralität. Foto: 20min/Matthias Spicher Nationalrat Thomas Hurter (SVP) befürchtet, dass die Schweizer Rüstungsindustrie bei einem generellen Exportverbot in Ausland abwandert. Foto:

20min/Matthias Spicher Nationalrätin Marionna Schlatter (Grüne) verlangt in einer parlamentarischen Initiative ein absolutes Verbot von Kriegsmaterial. Foto: 20min/Simon Glauser  
Nicht nur FDP und SVP sehen in einem Exportverbot einen Angriff auf die Schweizer Rüstungsindustrie. Auch GLP- und Mitte-Politiker sind gegen ein absolutes Verbot.